

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. 3-spaltige 1,20 Mk. 2-spaltige 1,00 Mk. 1-spaltige 0,75 Mk. von auswärts 1,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3390.

Nr. 184

Mittwoch, den 10. August 1921

12. Jahrgang

Der Kampf um Oberschlesien.

England für die Zuteilung des Industriegebietes an Deutschland.

Paris, 9. August. In der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rates entwickelte Lloyd George den englischen Standpunkt und erklärte dabei nach Havas u. a. folgendes. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5,2 Millionen (ganz Schlesien) enthalte nur 1,2 Millionen Polen. Das britische Reich dürfe niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schlug darauf vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. (Der Vorschlag wurde angenommen.) Die Prüfung würde auf folgenden Grundlinien erfolgen: 1. Alle Stimmen müßten für die Zuteilung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuteilung könne nicht gemindert werden, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe.

2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe.

3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaftliche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß: Er verstehe vollkommen den Wunsch Frankreichs, Garantien in bezug auf seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sicher darauf Rücksicht nehmen. Wenn Frankreich aufs neue ungerade angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen, aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr. Es müsse von seinem Sieg nur mit Mäßigung und Billigkeit Gebrauch machen. Die Sitzung wurde darauf auf Nachmittag vertagt.

Frankreichs Einsehen für Polen.

Paris, 9. August. (Havas.) In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates legte Ministerpräsident Briand den französischen Standpunkt dar und erklärte, die Politik Frankreichs bestehe nicht darin, einem auf dem Schlachtfelde Verwundeten das Leben zu nehmen. Frankreich wüßte ebenso wie seine Verbündeten, dem Besiegten ein gerechtes Schicksal zu bereiten. Die Alliierten hätten beschlossen, dem polnischen Volke zur Wiederherstellung zu verhelfen und sich verpflichtet, ihm die Lebensmöglichkeit sicherzustellen. Einstimmig hätten die Mitglieder der Friedenskonferenz Oberschlesien Polen in den Friedensbedingungen zugesprochen. Briand besprach sodann das Ergebnis der Volksabstimmung und sagte: Die Stimmen der Ausgewanderten könnten doch nicht den gleichen Wert haben wie die Stimmen der Einwohner, die im Lande geblieben seien und viel mehr interessiert an dem endgültigen Schicksal ihrer Heimat seien. Im ganzen genommen habe das Ergebnis der Volksabstimmung gezeigt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische im Osten wohne. Die ethnographischen Erwägungen hätten die französische Regierung geleitet, und in ihrem Entwurfe erhalte Deutschland die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber auch Polen. Briand schloß mit der Erklärung: Wenn sich die Alliierten nicht einigen könnten, würden die Folgen unberechenbar sein. Die französische Regierung habe die Frage geprüft, überzeugt davon, daß der einmütige gute Wille den Alliierten es gestatten werde, für das ober-schlesische Problem eine Lösung zu finden entsprechend der Billigkeit, den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Ergebnis der Volksabstimmung. Nachdem noch Bonomi und der Vertreter Japans gesprochen hatten, wurde die Sitzung um 6 Uhr 55 Minuten geschlossen.

Vor einem Kompromiß?

Die heutigen Pariser Morgenblätter zweifeln fast durchweg nicht mehr an der Möglichkeit einer Einigung. „Petit Journal“ sagt: Das Industriegebiet sei die Festung der englischen Politik gewesen. Noch vor zwei Tagen hätten die englischen Vertreter gesagt, es sei unteilbar. Nach der Verhandlung in öffentlicher Sitzung und nachdem Lloyd George und Briand in der Vollziehung ihre widersprechenden Thesen gewissermaßen abseits vertreten hätten, habe man erkannt, daß sie in einem Punkte einig seien, vor allen Dingen das Recht und die Gerechtigkeit in Betracht zu ziehen. Man habe Grundzüge angenommen, die dazu führen würden, daß eine gewisse Anzahl von kleinen nördlichen Bezirken gesondert werde, die zum Teil Deutschland und zum Teil Polen zugesprochen würden. Die Lösung, die man voraussetze, näherte sich also der von Graf Czuma vorgeschlagenen. Auch der Londoner „Daily Telegraph“ weist auf die Möglichkeit hin, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der

Preisgabe des Grundzuges der Unteilbarkeit des ober-schlesischen Industriegebietes gefunden werden könne. Offiziell liegt dem Blatt zufolge kein Anzeichen dafür vor. Es sei jedoch, wie verlautet, Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer als auch französischer Seite die Meinung vorherrsche, eine Grenzlinie, die das umstrittene Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu stehen. „Daily Mail“ berichtet, der durch den englischen, den französischen und den italienischen Oberkommissar verstärkte Sachverständigenausschuß sei so gut wie angenommen worden, eine Teilung des umstrittenen Industriegebietes zwischen Dentsch und Kattowitz, zwischen Polen und Deutschland vorzuschlagen, das die englische Regierung bisher Deutschland zuteilen wollte.

Die Sicherung Oberschlesiens.

Paris, 9. August. In der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates ergriff an erster Stelle General Le Rond das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen für Verteidigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gebe eine deutsche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet, die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutsche könnten jeden Augenblick über 100.000 Kämpfer verfügen. Le Rond nannte Oberschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei. Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erkannte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Hoefler sich nur erheben hätten, um die polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolgt. Er schloß, indem er sagte: Die Entsendung von Truppenverstärkungen sei nicht nötig, wohl aber ein rascher Entschluß über die Aufrechterhaltung der Einheit der interalliierten Aktion. Der italienische General de Marini erkannte an, daß die Truppen, über welche die Oberkommissare verfügen, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und für eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort zurückgezogen werden könnten.

Paris, 10. August. Der Schluß der gestrigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates wurde mit der Prüfung der kleinasiatischen Frage ausgefüllt. Die Militärsachverständigen erklärten, über das endgültige Ergebnis des türkisch-griechischen Konflikts könne man vielleicht erst nach einigen Monaten urteilen. Die Absicht der Alliierten sei, in diesem Konflikt neutral zu bleiben.

Der Preiswucher.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 933, während sie im Vorjahr 888 und im Monat Januar dieses Jahres, dem bis jetzt teuersten Monat, 924 erreicht hatte. Zu der Preissteigerung haben Preiserhöhungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Hülsenfrüchte, Fette, Eier und Milch beigetragen. Vor allem fallen aber die infolge der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse stark in die Höhe gegangenen Preise für Gemüse und Kartoffeln neuer Ernte sehr ins Gewicht.

Einheitliche Lohnbewegung der Eisenbahner.

Am 9. August traten die Vertreter der vier großen Eisenbahnerorganisationen, Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter zu einer Beratung über die Durchführung der aus der Preissteigerung auf allen Gebieten sich ergebenden Lohn- und Gehaltsforderungen zusammen. Nachdem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, hinsichtlich auf ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbund vorläufig eine Einheitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können, und ihre Vertreter sich geweigert hatten, gemeinsame Forderungen aufzustellen, erfolgte die Konstituierung des 16 er Ausschusses, der sich aus den erstgenannten drei großen Verbänden zusammensetzt. Ueber die einzureichenden Forderungen wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Aufgebessert werden sollen die Bezüge der Arbeiter, Angestellten, Diätare, Beamten und der Pensionäre. Es soll verflucht werden, die Verhandlungen auf schnellstem Wege zultendzubringen.

Die Aufgaben des Tages.

Die in den letzten Tagen stattgefundenen Versammlungen, besonders auch die Vorstände- und Vertrauensmännerkonferenz des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, haben eindeutig den Willen bekundet, den der Arbeiterschaft aufzuzuzwingenden Kampf mit aller Entschiedenheit fortzusetzen. Für die Sozialdemokratische Partei muß es sich zunächst darum handeln, den auf die Parlamentsfreiheit ausgeübten Angriff abzuwehren und den parlamentarischen Rechtsboden wiederherzustellen. Während der Präsident des Volkstages bereits seine Konsequenzen gezogen hat, hat der Senat vorerst noch immer nicht den Mut zur entschiedenen Beurteilung des gewalttätigen Rechtsbruches gefunden. Dieses Straußens liegende Notwendigkeit muß dazu beitragen, die Situation außerordentlich zu verschärfen. Solange die brutalen Übergriffe Schümmers vom Senat gedeckt werden und er als der Hauptschuldige weiterhin im Amt bleibt, fehlt den Abgeordneten des Volkstages jede Sicherheit für eine gerechte und unbeeinträchtigte Ausübung ihrer Mandate. Auch das sowieso schon stark geminderte Vertrauen der Bevölkerung zu der gesetzgebenden Körperschaft kann nicht erhalten bleiben, wenn derartige Willkürakte ungepönt bleiben. Wir haben es wohl kaum notwendig zu betonen, daß der Kampf der Sozialdemokratie kein Kampf für die uns gewiß nicht sympathischen Kommunisten Kahn und Schmidt ist, sondern einzig und allein um die Wiederherstellung und Sicherung des parlamentarischen Rechtsbodens geführt wird.

Die ersten Möglichkeiten der Wiederherstellung des Rechts sind vom Senat und der bürgerlichen Volkstagsmehrheit bereits verpaßt, als einmal der Senat von der widerrechtlichen Verhaftung der beiden Abgeordneten im entscheidenden Augenblick nicht abgerückt ist und zum andern die Mehrheit des Volkstages die Freilassung der Verhafteten ablehnte. Der bisher von der Sozialdemokratie geführte Rechtskampf der Opposition ist damit auch auf parlamentarischem Wege durchaus nicht erschöpft. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Volkstages eingebracht. Dieser Antrag, der heute zur Verhandlung kommt, öffnet der Mehrheit des Volkstages eine neue Möglichkeit, die Freiheit und Arbeitsfähigkeit des Parlaments in die Wege zu leiten. Dieser Weg bietet außerdem noch den Vorteil, daß die Bevölkerung selbst zur Entscheidung aufgerufen wird und damit in der Lage ist, ihrem Willen Ausdruck zu geben. Das ist nicht nur angesichts der Zustände im Parlament, sondern auch der zukünftigen Führung der Staatsgeschäfte von außerordentlichem Wert. Aber selbst wenn die bürgerliche Mehrheit auch diese Möglichkeit zum Ausgleich der bestehenden Schwierigkeiten ausschlägt, sind die Mittel, um das mit Frühen getretene Parlamentsrecht wiederherzustellen, nicht erschöpft. Wenn den bürgerlichen Parteien jedoch ernstlich daran liegt, den Volkstag arbeitsunfähig zu machen, dürfen sie keine Stunde zögern, der Auflösung und Neuwahl des Volkstages zuzustimmen.

Neben diesem Kampf um die Sicherung der Freiheit des Parlaments wird die Sozialdemokratie auch die ebenso dringende und wichtige Frage der wirtschaftlichen Besserstellung der breitesten Volksmassen nicht hintersinken lassen. Sind auch diese Fragen im Augenblick etwas zurückgetreten, so werden sie dennoch allerhöchsteigst ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen, sobald die Möglichkeit einer gesicherten Fortführung der parlamentarischen Arbeit gegeben ist.

Die von den freigewerkschaftlichen Vertrauensleuten angenommene Entschliebung weist die weiteren Wege, die die Arbeiterschaft zur Sicherstellung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lebensrechte auf dem Boden der Einheitsfront in Anspruch nehmen wird. Der proletarische Befreiungskampf fordert ständige Kampfbereitschaft. Diese macht es aber notwendig, daß sich die Arbeiterschaft mehr als bisher auf die Aufgaben des Tages besinnt. Diese liegen in der unermüdbaren Aufklärungsarbeit für die sozialistische Idee, in der Stärkung der Partei und in der Verbreitung der Bewegung. Nicht in offener Feldschlacht, aber im Straßenkampf mit Handgranaten und Maschinengewehren wird die sozialistische Idee der Verwirklichung entgegengeführt werden, sondern nur in harter, unermüdbarer Aufklärungs- und Schulungsarbeit wird die Arbeiterschaft die geistige Reife erlangen, um die alle Weisheit durch die höhere sozialistische Gemeinschaft zu ersetzen. Keine Gewaltpolitik, weder von rechts noch links, kann sich auf die Dauer durchsetzen, wenn sie die Mehrheit und geistige Überlegenheit gegen sich hat. Selbst wenn in diesem Augenblick die Willkür triumphiert, kann uns das nicht beirren, weil wir wissen, daß der politische und wirtschaftliche Befreiungskampf der Arbeiterschaft nicht aufgehoben werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterschaft die einheitliche Zerspaltung ihrer Kräfte aufgibt und sich an Stelle der wirklichen fremden und schädlichen Spaltung mit der blutigen Gewalt geschlossen an die Lösung der Aufgaben des Tages macht.

Der Bund der Randstaaten.

In den Randstaaten des Ostens ist zurzeit eine Konferenz- und ausgebrochen, die zeigt, wie dringend die Notwendigkeit des Zusammenstehens dieser unvollständigen Einzelgebilde sich jetzt schon geltend macht. Für jeden Kenner der einschlägigen wirtschaftlichen Fragen mußte es klar sein, daß diese kleinen Staatengebilde, losgelöst vom großen Wirtschaftskörper, selbständig nicht existenzfähig waren. Der Schutz der Grenzen, mit einem militärischen Aufgebot, die Einrichtung einer für alle politischen Verwaltungszweige eigenen Verwaltung erfordern einen so hohen Kostenaufwand, daß eine gesunde Finanzlage dieser fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Produktion angewiesenen kleinen Randstaaten sich auf keinem Wege ermöglichen ließe. Es war klar, daß diese Randstaaten früher oder später in die wirtschaftliche Abhängigkeit eines benachbarten größeren Staates kommen würden, und die Frage war eigentlich nur, wer dieser überlegene wirtschaftliche Nachbar sein sollte, Rußland, Polen oder Deutschland. Der Ausschritt der Bevölkerung der Randstaaten sowie die wirtschaftliche Struktur ihres Landes legten die natürliche Tendenz von vornherein nach dem Osten.

Ein Anschluß an Deutschland wurde durch diese Faktoren erheblich erschwert. Für Rußland wäre es zu leicht gewesen, unter Wahrung der politischen und kulturellen Autonomie der Randstaaten diese wieder in den großen russischen Wirtschaftskörper einzufügen. Aber die Bolschewisten hatten mit der Zerschlagung ihrer eigenen Wirtschaft genug zu tun. Sie blieben ihre imperialistischen Pläne im Osten für wichtiger und haben deshalb den Augenblick, in dem ein erfolgreicher „Vermittlungsvertrag“ der Randstaaten unter russischer Führung möglich war, veräußert. Jetzt hat Polen seine Offensivbewegungen begonnen und bemüht sich politisches Hebergewicht, um die Randstaaten zu einem Staatenbunde zu zwingen, der unter der alleinigen Vorherrschaft der polnischen Republik steht. Dieser Politik steht eine zweite Richtung gegenüber, die eine Vereinigung der Randstaaten unter Ausschluß Polens anstrebt.

Diese beiden Richtungen charakterisieren letzten Endes den englisch-französischen Gegensatz in Osteuropa. Die englische Politik ist die Erbin der deutschen Randstaatenpolitik, dieser imperialistischen Politik, die da glaubt, durch Zerschlagung des russischen Wirtschaftsgebietes die Herrschaft über ganz Osteuropa erringen zu können, ohne zu bedenken, daß der einzige Erfolg letzten Endes die Aufsehung der in ihrer gebundenen Wirtschaftsentwicklung gefährdeten Völker gegen die politischen Antragsanten sein muß. In ihrer Lebenszeit demgegenüber die französische Politik, die danach strebt, eine Vormacht des Ostens zu schaffen und mit dieser die Herrschaft im Osten auszuüben, weitans richtiger. An der Waise ihres Objektes ist sie völlig auf dem Holzwege, indem sie versucht, einen Staat wie Polen, der selbst wenn er in ein bis zwei Jahrzehnten genügend wirtschaftliche Kraft gewinnen sollte, um sich selbst zu erhalten, doch niemals in der Lage sein wird, soviel Organisationskraft aufzubringen, um für die Vormachtstellung im Osten geeignet zu sein. Mit militärischer Macht allein kann diese Fähigkeit nicht erworben werden, und selbst die starkentwickelte russische Wirtschaft birgt heute in sich eine Kraft von weit größerer Tragfähigkeit als sie das polnische Wirtschaftssystem wird je aufbringen können. Die Aussichten, daß es gelingen wird, das russische Wirtschaftssystem so rechtzeitig in Gang zu bringen, daß es aus sich heraus die Kraft hätte, die wirtschaftliche Führung im Osten zu übernehmen, sind sehr gering. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden deshalb die Bildung eines Randstaatenbundes ohne Frage erzwingen. Es wäre nur zu wünschen, daß dieser Bund eine Gleichberechtigung aller im Bunde beteiligten Randstaaten sicherstellt und nicht zu einer Vorherrschaft irgendeines von den Engländern oder Franzosen besonders patronisierten Staates führt. Von diesem Gesichtspunkte aus werden die Verhandlungen, die bald

in Riga, bald in Kiew, bald in Helsingfors und meist in wechselnder Zusammenstellung, abgehalten werden, vom deutschen Standpunkte aus sehr beachtet werden müssen.

Eine Reise deutscher Industrieller nach Sowjetrußland.

O. G. Am 10. August trifft, nach Mitteilungen des Revolver-Jagdjournals und Industrieller in Kiew ein, die sich unter Führung Prof. Komonoffows nach Petersburg begibt, um an einer Konferenz mit Vertretern der Sowjetregierung der Betriebsbedingungen und sowjetrussischer Ingenieure teilzunehmen. Die Konferenz wird über den Wiederaufbau der russischen Metallindustrie, der Eisenbahnwerkstätten und des Transportwesens beraten. Die Mehrheit der deutschen Konferenzteilnehmer sind Vertreter der bereits für Rußland arbeitenden deutschen Firmen. Nach Angabe des sowjetrussischen Vertreters sollen 10 große und etwa 50 kleinere Maschinenfabriken in Deutschland gegenwärtig Aufträge für die russischen Eisenbahnen ausführen.

Das unabhängige Joch zur Einigung.

Die unabhängige Berliner „Freiheit“ verlangt in einem Artikel, überschrieben: „Rasscher Stolz“, die Sozialdemokratie müsse erst ein Schuldbekenntnis ablegen, wenn die Einigung herbeigeführt werden soll. Die Sozialdemokratie müsse ihre große Sünde, die sie am 4. August 1914 begangen haben soll, bereuen. Die „Freiheit“ betont, „ohne Anerkennung des am 4. August fallenden eingeschlagenen Weges ist eine Einigung der sozialistischen Bewegung in Deutschland und die Herstellung einer einheitlichen proletarischen Front unbedenklich.“

Die Sozialdemokratie klammert sich nicht an „Mitleid der Vergangenheit“. Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter hat manches nicht gebilligt, was vorgefallen ist, aber jetzt nach den Erfahrungen des Vorkriegs Friedens von den sozialdemokratischen Arbeitern zu verlangen, sie sollten die Hilfe, die die Sozialdemokratie während des Krieges dem deutschen Volke geleistet hat, in Grund und Boden verdammen, kommt uns etwas merkwürdig vor. Die Sozialdemokratie muß auf die ihr zugehörige Rolle des verlorenen Sohnes ernstlich verzichten.

Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD. und USPD.

In einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft haben die Organisationsvertreter der S.P.D. und U.S.P. für Varmen und Oberfeld einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag geschlossen, der folgenden Wortlaut hat:

1. Zwischen der S.P.D. und U.S.P.D. Ortsvereine Varmen und Oberfeld, wird eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.
2. Spitze dieser Arbeitsgemeinschaft bilden je zwei Vertreter aus den Vorklämbern der der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien.
3. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist, durch Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte deren Stolz- und Abwehrkraft zu erhöhen.
4. Um das zu erreichen, sollen
 - a) alle Aktionen, die über das Interesse einer einzelnen Partei hinausgehen, gemeinsam, und falls sie nicht rein politischer Natur sind, in Gemeinschaft mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission vorbereitet und durchgeführt werden;
 - b) die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlungen Hand in Hand arbeiten, sich über alle Fragen, Anträge und Vorträge, die in den Stadtverordnetenversammlungen zur Verhandlung gelangen, vorher verständigen und sich in den Kommissionen sowie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung gegenseitig

fuhrwaren und aus erheblicher Erfassung der Kapitalgewinne und großen Einnahmen.

Die Steigerung der Produktion ist begrenzt durch den möglichen Absatz. Der Verbilligung der Produktion und des Verkehrs sind dagegen technisch vorerst Grenzen nicht gezogen. Die Erfassung aller Kapitalgewinne ist technisch möglich, die Geldflut an den Börsen und bei den Banken, die riesengroß ist, würde verheben, die Kapitalflucht allerdings stark gefördert werden. Andererseits aber müßten die erheblichen Kapitalien zur Inbetriebhaltung und Erweiterung der Wirtschaft aus anderen Quellen ausgebracht werden durch Zusammenfassung aller Ersparnisse aus Arbeitsentlohnungen bis zu den allergeringsten. Erfolgt die Kostenabfuhrung durch starke Abwälzung auf die Konsumgüter, was auch bei direkter Besteuerung der Goldwerte und Kapitalien in erheblichem Maße der Fall sein kann, so sind Lohn- und Gehaltssteigerungen unabwendbar. Damit aber reißt wieder die Spirale an den Rentenpreisen, die zu neuem Lauf ansetzen müssen. Der Geldverflechter, die Inflation, bewirkt aber dann die weitere Verarmung des ganzen Volkes.

Eine soziale Steuerausbringung als auch die Lösung des Arbeitslosenproblems kann ohne eine veränderte Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden. Ein neues Wirtschaftsprogramm muß vor allem zum Ausdruck bringen, daß: Nur durch eine planmäßige Zusammenfassung und Ausnutzung unserer Hilfsmittel, Rohstoffe, Kraftquellen, Arbeitskräfte und Kapitalien in jedem einzelnen Fachgebiet, durch ein inniges, verständiges Zusammenarbeiten an Stelle planloser Konkurrenzemietät große Ersparnisse gemacht werden können, die wir dringend benötigen. Daß dieses Ziel aber nicht durch teilweise freiwillige Kapitalflucht: Zusammenstöße, sondern nur durch Organisationszwang für jegliches Unternehmen erreichbar wird. Daß vor allem in unserer Landwirtschaft alle Mittel bereitgestellt werden, um durch Bodenbündung, Unkraut- und Schädlingbekämpfung, Saatgutverbesserung und Restorations- und sachkundige Bewirtschaftung die höchsten Erträge her auszuwirtschaften und eine hier uns fehlende Kontrolle der Einzelmirtschaften durchzuführen wird. Die mangelhaft arbeitende Landwirtschaft im Interesse der

weiterführen. Zu diesem Zweck sind von beiden Fraktionen je zwei Vertreter zu benennen. Bei wichtigen Angelegenheiten sind gemeinsame Fraktionsitzungen einzubeden;

o) Die Fraktionskommissionen darüber wachen, daß in den ihnen unterstellten Zeitungen der Kampf gegen die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Parteien und deren Organe nicht in ehrverletzender Form geführt wird;

d) auch in den Versammlungen soll der Kampf nicht in ehrverletzender Weise geführt werden. Die ganze Stoßkraft ist möglichst gegen die bürgerlichen Parteien zu richten.

5. Wenn eine der an diesem Vertrag beteiligten Anperschieden in grober Weise gegen den Vertrag oder Teile des Vertrages verstößt, so steht es dem anderen am Vertrag Beteiligten frei, von der Arbeitsgemeinschaft zurückzutreten. Jedoch soll vorher die Spitze der Arbeitsgemeinschaft hiervon schriftlich benachrichtigt werden. Ist keine Verständigung möglich, so wird der Vertrag gelöst.

6. Dieser Vertrag tritt am 15. September 1921 in Kraft. Es wäre verfrüht, bereits jetzt ein Loblied auf die neue Arbeitsgemeinschaft anzustimmen, da vorerst einige praktische Erfahrungen abgemerkt werden müssen. Auf jeden Fall aber ist der hier getane Schritt ein Sieg der Vernunft, von dem wir wünschen möchten, daß er gute Wirkungen zeitigen möge.

Kleine Nachrichten.

Drohende Stilllegung der polnischen Metallindustrie.

Der dreiwöchige Streik in der polnischen Metallindustrie ist zwar beigelegt, doch geht der in den Lodzer Maschinenfabriken anfänglich als Sympathiestreik begonnene Streik weiter. Auch im Gebiet von Dombrowa dehnt sich der Streik in den Hüttenwerken erheblich aus und bedroht die polnische Metallindustrie mit Stilllegung. Die Vermittlungsversuche des Arbeitsministers blieben bisher erfolglos.

Eine polnische Schwindelnachricht. Der „Kurjer Poznanski“ behauptete jüngst, die deutschen Behörden hätten durch ein geheimes Rundschreiben bewirkt, daß die deutschen Beamten und Lehrer die oberösterreichischen Industriewerke massenweise verlassen. Die deutsche Regierung wolle damit den Beweis liefern, daß die oberösterreichische Industrie ohne die deutschen Beamten nicht bestehen könne. Ein solches Rundschreiben ist, wie den P. P. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht ergangen; die Regierung sucht im Gegenteil ihre Beamten und Lehrer von einem Abwandern unter dem Druck des polnischen Terrors abzuhalten.

Aber den Zwischenfall im D-Zug Berlin-Norddeich ist geklärt eine Reihe von Zeugen im Berliner Polizeipräsidium vernommen worden. Mehrere dieser Personen sagten übereinstimmend aus, daß der französische Kapitän Langedin provokierend aufgetreten sei; die Haltung und das Vorgehen der Beamten der Eisenbahn und der Schutzpolizei sei dagegen ruhig und korrekt gewesen. Die Entfernung aus dem Zuge sei in seinem eigenen Interesse notwendig gewesen, da durch das herausfordernde Verhalten des Franzosen die Reisenden in große Erregung versetzt wurden.

Verhaftung im besetzten Gebiet. In Wiesbaden ist der dortige Polizeikommissar Klefford ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert worden.

Unruhen in einer österreichischen Strafanstalt. In der Strafanstalt Stein an der Donau brach eine Revolte aus. Die Stäflinge zertrümmerten Einrichtungsgegenstände und richteten einen Schaden im Gesamtwerte von einer Million an. Schließlich griff Reichswehr ein und schob auf die Sträflinge. Vier von ihnen wurden getötet und mehrere verwundet. Die Ursachen dieses Aufstandes werden leider nicht berichtet.

Der kommende Lohnkampf und seine Folgen.

Trotzdem das deutsche Wirtschaftsleben eine Lebenskraft zeigt, die das Ersauern der Ausländer ausstößt, die zu einer Ueberhöhung unserer Kraft und zu einer Ueberbürdung mit immer neuen und schwereren Lasten führt, empfindet der größte Teil des Volkes nur zu schmerzhaft die fort schreitende Verarmung. Die letzten Reste der Zwangswirtschaft zerfallen, die Getreidepreise sind verdoppelt worden und damit die Preissteigerung. Die Kosten für den Wohnraum werden erheblich steigen, während die Verschlechterung unserer Saluts, die fort schreitend wird, bereits in sehr bedauerndem Grade die Breite aller Einkuhwahren erhöht. Einem krankhaften und in der Öffentlichkeit aufbringlichen Luxus gegenüber vergrößern sich ständig die Schwierigkeiten der großen Volksmassen bei der Erhaltung der bestehenden Existenz. Neue Preissteigerungen, neue Steuern und Steuererhöhungen setzen alle ein. Alle Volksteile bemühen sich, sie abzumildern, so daß der Kampf der Eliten gegen die anderen, der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden in einer Schärfe einsetzt, wie wir sie bisher noch nicht kennengelernt haben. Bei solchen Kämpfen ganz gewöhnlich müssen wir uns aber über die Auswirkungen für uns klar werden, denn damit, daß die härteren Parteien siegen, ist noch nicht bewiesen, daß diese Siege für die Gesamtheit nützlich und in ihren Folgen gewinnbringend sein werden. Nicht also die Macht des Stärkeren kann entscheiden, sondern die bessere Einsicht in die Zusammenhänge der Wirtschaft und die Wirkungen, die sich aus Eingriffen notwendigerweise ergeben müssen.

Der Geldverflechter (Inflation) verringert die Kaufkraft unseres Geldes, expropriert familiäre Ersparnisse, ob groß oder klein und schwächt unsere Konsumkraft.

Der Geldverflechter kann beseitigt werden, indem wir die Rentenpreisen verriegeln, so daß kein neuer Geldschein mehr gedruckt werden kann. Dann müssen aber die Lasten aus anderen Quellen ausgebracht werden, nämlich aus höherer und verbilligter Produktion, aus Erparnissen an Unjurwaren, aus erhöhtem Verkauf von Kon-

Volksnahrung ersetzt. Daß alle privatwirtschaftlichen Organisationen mit monopolistischen Auswirkungen einer gemeinsamen wirtschaftlichen Kontrolle unterstellt werden. Daß durch die Bildung gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper in Gestalt rechtsfähiger Personen, in denen die Interessen der Arbeitnehmer und Verbraucher völlig ausreichend geschützt sind, unsere Produktion und Güterverteilung aus der rein privatwirtschaftlichen Interessensphäre herausgeführt und zur volkswirtschaftlichen Aufgabe gemacht werden. Daß die Auslandsmächte erzwungen werden, die deutschen Kapitalien bei ausländischen Banken und Industrieunternehmen, die offenen und versteckten Zuthaben festzusetzen.

Die Fürsorge für die Erwerbslosen und die Erwerbsunfähigen fällt den Selbstverwaltungskörpern jedes Wirtschaftszweiges in erster Linie und grundsätzlich zu. Nur wenn ihre Kraft nachweislich verjagt, tritt für die Allgemeinheit die Pflicht ein, die Leistungen zu ergänzen.

Auch an das Kleinbürgertum, den Mittelstand, die Rentner und die Sozialrentner muß der Ruf der Arbeiter ergehen, ob sie weiter mit ansehen wollen und können, daß ihre erpärten Arbeitserträge, ihre abnehmenden Rentenbezüge durch eine fort schreitende Geldverflechterung vor ihren Augen wegschmelzen sollen, während die Kapitalisten, Unternehmer und ländlichen Grundbesitzer diese Geldentwertung durch entsprechende Gewinnsteigerungen nicht nur ausgleichen, sondern ihre Vermögen in riesigem Maße vermehren. Auch der deutsche Arbeiter will nicht zum Lumpenproletariat herabsinken, sondern verlangt eine wirtschaftliche Lage, die ihm wenigstens eine bescheidene Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit gibt, die ohne eigene Ersparungen nicht denkbar ist.

Endet die Aufbringung der neuen Lasten nur mit einem riesigen Lohnkampf — der zwar jetzt leider wieder unvermeidbar ist —, ohne einen Umbau unserer Wirtschaft zur Erzielung eines höheren Leistungsfaktors und einer Beherrschung des Preisaufbaus durch die Volksgemeinschaft, dann bedeutet dieser Kampf nichts anderes, als eine fort schreitende Expropriation der Arbeiterschaft selbst und mit ihr der Mittelstücken, nicht aber der wirklich Besitzenden.

Dr. Alfred Grlamer.

Nachklänge vom 4. August im Stadtparlament.

Erklärungen der politischen Parteien zum Falle Rahn und Schmidt. Rahns Brief an Keruth. U. S. P. und B. A. P. verlassen die Sitzung. Milchversorgung Danzigs.

Stadtverordnetenversammlung am 9. August 1921.

Schon beim Eintritt in den Sitzungssaal bemerkte man, daß wichtige Dinge vorliegen. Einzelne Gruppen der Bürgerlichen haben in eifrigem Gespräch beisammen. Merkwürdigerweise fehlte die gesamte Bank des Parlaments. Die Sitzung war auf 4 Uhr nachmittags angesetzt und wurde erst eine gute halbe Stunde später eröffnet. Der Vorsitzende konnte seine Beamten hinaus, um bei der ersten Sitzung zu erscheinen, wenn der Anfang stattfinden konnte. Diese Versuche blieben ergebnislos. Um 4 1/2 Uhr wurde der schriftliche Bericht (Zentr.) hinausgeschickt, um nochmals zu fragen. Gleich nach dessen Erscheinen wurde dann die Sitzung endlich ohne die Bank eröffnet. Die Auszählung ergab dann, daß die Stadtverordneten da waren. Die Ursache der Abwesenheit der gesamten Bank, war eine gemeinsame Beratung derselben über die Stellung dieser Parteien im Falle Rahn und Schmidt gegenüber dem Stadtparlament. Beim Erscheinen der Bankparteien werden sämtliche Parteien Erklärungen ab. Grund dieser Erklärungen bildete die Verhaftung der beiden Abgeordneten im Volkstages am 4. August 1921. Der Stadtverordnete Rau (U.S.P.) erklärte, daß der Senat unter Bruch der Verfassung die Lebensmittelversorgung herbeigeführt hat. Ferner hat der Senat ebenfalls unter Bruch der Verfassung am 4. August zwei Abgeordnete, die gleichzeitig auch Stadtverordnete sind, verhaften lassen. Bevor nicht die politische Situation geklärt ist, wird die U.S.P. und die B.A.P. mit diesem Senat nicht mehr weiter arbeiten. Stadtverordnete Rau stellt den Antrag, die heutige Sitzung bis zum nächsten Dienstag zu vertagen. Stadtverordnete Genosse Grünhagen erklärt im Namen unserer Partei, daß diese auf dem Standpunkt steht, daß die Handlung, die der Senat begangen hat, jeder gesetzmäßigen Grundlage entbehrt. Aus Rücksicht auf die politischen Verhältnisse werden wir dem Senat ebenfalls die Mitarbeit verweigern, bis die zwei Abgeordneten frei sind. Dem Antrage Rau schließt sich unsere Partei nicht an und wird man doch Weiteres vom Verhalten des Senats und Volkstages von der Sitzung am 10. August abhängig machen. Stadtverordnete v. Drejsli (Pole) erklärt im Namen seiner Partei, an dem Antrag Rau festzuhalten. Er nennt die Handlung des Senats ebenfalls ungesetzlich und macht das Weiterarbeiten von der Haltung des Volkstages abhängig. Stadtverordnete Ränge (Dnail.) erklärt, der Antrag Rau geht ihm nichts an. Stadtverordnete Siebenfreund ist gegen den Antrag Rau. Ebenso ist der Zentrumsmann Wert nicht für den Antrag Rau. Bei der nachher stattfindenden Abstimmung sind 21 dafür und 27 dagegen und somit ist der Antrag Rau auf Vertagung abgelehnt worden. Die Stadtverordnete Frau Leu (U.S.P.) gibt im Namen ihrer Partei die Erklärung ab, daß die U.S.P. außerstande ist, an dieser Tagung teilzunehmen. Aus der Mitte der Abgeordneten sind zwei verhaftet worden, die am fleißigsten für die Arbeit der Stadt tätig waren. Bevor nicht die politische Situation geklärt ist, lehnt auch die U.S.P. die Arbeit im Stadtparlament ab.

Nach dieser Erklärung verlassen die U.S.P. und die B.A.P. geschlossen den Saal.

Nach 4 1/2 Uhr nachmittags eröffnet der Vorsitzende Keruth die Sitzung und verliest einen Brief des Stadtverordneten Rahn. Dieser lautet: An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Keruth. In Ausübung meiner Mandatspflicht als Abgeordneter des Volkstages am 4. August, bin ich unter Bruch der Verfassung von der Sicherheitspolizei im Auftrage des Senats verhaftet worden. Infolge dieser ungesetzlichen Handlung bin ich auch an der Ausübung meines Mandats als Stadtverordneter bis auf weiteres verhindert!

Sodann wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Für die ausgesetzte Stadtverordnete Frau Sandmann (Zentr.) wird als Stadtverordnete Herr Gustav Fabian (Zentr.) gewählt und in sein Amt eingeführt. Beurlaubt werden die Stadtverordneten Brunzen I., Werned, Wreginski, Dr. Thun. Der Vor-

sitzende Keruth gibt bekannt, daß zwei Dringlichkeitsanträge bezgl. Anträge eingegangen sind, die auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden. Die dringliche Anfrage über

Erhöhung der Milchpreise

bringt als ersten Redner den Stadtverordnete Ränge (Dnail.). Er betont, daß man vom Ankauf der Röhre für die Stadt Abstand nehmen sollte. Viel nötiger ist die Anschaffung der Futtermittel. Es empfiehlt sich, sämtliche Molkeerzeuger der Niederung und des Großen Werbers die Käsefabrikation zu verbieten und die Milch restlos abzulefern.

Stadtverordnete Kohle (P.P.) hat nützliche Erfahrungen gemacht mit der Milchbewirtschaftung durch die Behörden. Ganz davon! Wir gehen sonst einer Katastrophe entgegen. Für die Unterbilanz von 400 000 Mk. könnte man lieber Bäckermilch kaufen. Seine Fraktion stimmt aber trotzdem der Vorlage zu, um ein gutes Beispiel zu geben.

Senator Janßen will, daß die Stadt selbst Milch produziert, damit sie wenigstens 800 Liter täglich für die Krankenhäuser hat. Uebrigens sei das nicht Milchwirtschaft, was die Stadt einführen wolle, sondern Kälberwirtschaft. Dies könne als gutes Beispiel für das Land wirken.

Stadtverordnete Scheller (Dnail.) ist nicht für die Vorlage. Wenn Senator Janßen sagt, auf den Gehirnen kommt es nicht an, indem eine Kuh 6000 Mk. kostet und wenn sie ausgebraucht ist, immer noch 4000 Mk. für Fleisch aufbringt, so käme bei dieser Wirtschaft schließlich das Liter Milch auf 5 Mk.

Stadtverordnete Frau v. Kochfleisch (Dnail.) hebt hervor, daß man für das Defizit von 375 000 Mk. auch Milchreserven kaufen könne. Aber in erster Linie fehlt es ja an Futtermitteln. Man müsse verhindern, daß Futtermittel ausgeführt werden. Das Wirtschaftsamt habe aber für die Niederung die Ausfuhrgenehmigung von Futtermitteln leider erteilt. Kein Pfund dürfe ausgeführt werden.

Stadtverordnete Genosse Spill betont, daß in erster Linie der Antrag des Senats auf Abmelkwirtschaft von Seiten der Regierung, wenn man von der Käsebereitung und dem Futteranfang absehe, wenigstens ein Maßstabsmaß zum Wohle der Bevölkerung und der Säuglinge sei. Wenn auch die Abmelkwirtschaft nichts einbringt, weil die Futtermittelpreise zu hoch sind, so müsse man doch sagen, daß auch das Fleisch im Preise gestiegen sei und das Defizit dadurch behäufend kleiner wird. Unsere Fraktion stimmt für die Vorlage. Der Senat soll hiermit vieles gut machen und wenn er auch zulegen muß, so wird wenigstens den Säuglingen keine Milch mehr entzogen.

Senator Janßen verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß Käse ausgeführt wurde. Wenn auch zuecht den Molkeerzeugern verprochen worden war, Käse auszuführen zu dürfen, so sei dies Versprechen nicht zurückgenommen worden. Die Zustände auf dem städtischen Gute Weißhof sind auch lange nicht so gefährlich, als sie ausgemalt werden.

Stadtverordnete von Rudzinski (Pole) begrüßt die Vorlage und erklärt, daß seine Fraktion für die Vorlage stimmen werde.

Stadtverordnete Braun (Zentr.) beantragt, daß die Milchzufuhr aus der Niederung, insofern der Verbesserung durch die Kleinbahn oft sehr mangelhaft ist. Er tritt für die Beförderung durch die Frühlingsdampfer ein. Milchmannen müßten aber in größerer Menge angeschafft werden. Seine Fraktion stimmt für die Vorlage.

Bei der erfolgten Abstimmung wird die Senatsvorlage einstimmig angenommen.

Zum Armenpfleger der 28. Kommission wird der Diakon Kopli, Vorsitzender gewählt. Zum Armenkommissionsvorsitzer und Waisenrat der Armenkommission wird der Kaufmann Erwald Stille, zum Stadtverordnete der Kaufmann Karl Conrad gewählt. Zur Armen- und Waisenspfliegerin der 4. und 5. Armen- und Waisenkommision die Schulwerksteherin Margarete Hoffart. Zur Armen- und Waisenspfliegerinnen der 7. Armen- und Waisenkommision Fraulein Anna Janselau und Frau Betty Schall geb. Gronau. Als

Ergebnismitglied zum Ausschuss des Wohlfahrtsamtes der Stadtverordnete Dunsch. Als Ergebnismitglied zum Verwaltungsausschuss für die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte der Stadtverordnete Waiselrat. Zum Armenkommissionsvorsitzer und Waisenrat der 28. Armenkommission der Privatier Franz Jockl in Langfuhr.

Zur Vertiefung eines Kinderpielplatzes vor dem alten Bleichhof in Mischelwand werden 4000 Mk. bewilligt. Zum Einbau von Gullyröhren in die vorhandenen Gullyleitungen der Hausmeisterwohnungen der städtischen Schulen werden 15 000 Mk. bewilligt. Hierzu stellt der Stadtverordnete Genosse Pöcher mit, daß die Hausmeister der städtischen Schulen bedeutend mehr Gasgeld zahlen müssen, als sie verbrauchen. In den Schulen ist nur ein Gasmeter angebracht und ist es deshalb vorzuziehen, daß einzelne Hausmeister pro Jahr 750-20 Mk. bezahlen müßten. Nach genauer Schätzung der Brennstunden läßt sich aber nur der Betrag von 213,84 Mk. für den eigenen Bedarf heraus. Hier ist dringend Hilfe nötig. Die Einrichtung einer Förderkasse für begabte Mittelschüler an der Oberrealschule St. Petri wird angenommen. Die Mittel für die Förderkasse betragen 25 000 Mk. und werden bewilligt. Der Stadtverordnete Schulze (P.P.) bemängelt das Gehalt der Privatlehrerinnen, die nur 328 Mk. pro Monat erhalten. Sie müßte eingestrichen werden. Stadtverordnete Gen. Behrend erklärt: Der Schulfest erfordert 5 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Mittel müssen aufgebracht werden, um begabte Schüler vorwärts zu bringen, deshalb wünscht er, daß es im nächsten Jahre gelingen möge, daß sämtliche Schulklassen durchgehalten werden. Ein sehr großer Mißstand an den Schulen bildet auch die Beforderung der Hausmeister. Diese beziehen ein kleines Gehalt und freie Wohnung. Meistens müßte die Frau des Hausmeisters bei der Reinigung der Schulgebäude mithelfen. Nehme man hierfür täglich fünf Stunden zu 1,80 Mk. an, so sei dies pro Jahr 2700 Mk. Ferner haben die Hausmeister Arbeiterwohnungen, die sonst nicht gut anderweitig vermietet werden können. Es ist hier dringend nötig, daß ein Hausmeister (soweit verdient, um seine Familie ernähren zu können. Wir fordern daher die Einstellung von Hilfskräften zur Reinigung der Schulgebäude. Der gesamte Etat der Schulverwaltung beträgt in Einnahme 11 478 000 Mk., die Ausgaben 28 865 900 Mk., dies erfordert einen Zuschuß von 17 387 900 Mk. Der Etat wird genehmigt.

Zur Errichtung einer Sauggasanlage und Beschaffung eines Treibmotors für das Kanalpumpwerk Rämpe werden 202 000 Mk. bewilligt.

Für Instandsetzungsarbeiten an der Strandhalle in Babeln werden 18 000 Mk. bewilligt.

Für Verlegung eines neuen eichenen Stabbodens in der Turnhalle Almdengasse, wofür Genosse Behrend im Interesse des Sports warm eintritt, werden 29 000 Mk. bewilligt.

Die Zustimmung zu einem Vertrage mit der Firma Baffy und Pöse in Danzig, betreffs Ueberreignung und Austausch von Gelände und Wasserflächen wird gegeben. Gelände- und Grundstücksübertragungen am Trost an Ostroitz Ostroitz auf 8 Jahre für jährlich 2000 Mk. wird genehmigt. Es folgt dann die Pensionierung eines Stadtrats. Die Sitzung über die Erhebung von Gemeindefestgaben zum Wertzuwachssteuergesetz im Stadtkreis Danzig wird geschlossen. Bei der Lesung des Haushaltsplanes für die Feuerwehrt, deren Etat sich auf 18 Millionen beläuft (5 Millionen mehr als im Vorjahre), bemerkt Stadtverordnete Winter (P.P.), daß die Feuerwehrgesellschaften mit herangezogen werden müßten. Bei der Wegschaffung pöblich Verstorbenen, wurden eine Reihe von Mißständen aufgedeckt und fragt er sich, welche Behörde dann den Krankenwagen zu stellen habe. Die Haushaltspläne für das Arbeiterwohnungsamt, Arbeits- und Siedehaus werden ohne Bedenke genehmigt, ebenso der der Schulverwaltung.

Von der kommunistischen Partei lag ein dringlicher Antrag vor, der in Abwesenheit der Antragsteller nicht behandelt wurde. Bei dem Antrage auf Anlegung eines kommunalen Friedhofes wurde die Dringlichkeit verneint. Eine dringliche Anfrage betraf die Erhöhung der Milchpreise. Hier wurde die Dringlichkeit bejaht. Die Kommunisten (als Antragsteller) fehlten und Genosse Grünhagen beantragte deshalb Vertagung dieses Antrages.

Um 6 Uhr wurde in eine geheime Sitzung eingetreten.

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

So glücklich fühlte er sich, daß er gar nicht an sich selbst dachte und vergaß, daß er noch nichts gegessen hatte. Es war um die Mittagszeit, er ging zu dem Tisch und als er den ersten Gang des Mittagessens hinter sich hatte, traf ihn eine grausame Enttäuschung.

Er blickte auf und sah Jeff Cotton auf ihn zustreben. Blutige Kleidung blühte aus des Berghauptmanns Auge, Gal erkannte dies und erhob sich instinktiv.

„Kommen Sie!“ — befahl Cotton, packte Gal am Armel und führte ihn fort, noch ehe die Stenogramme zum Klappen kamen.

Diesmal hatte Gal keine Gelegenheit, dem Berghauptmann seine „guten Manieren“ zu beweisen. Während sie dahinschritten, sagte ihm Cotton seine Meinung, daß er ein gemeiner Kerl, ein Verräter, der Abdimmung aller verdächtigster Mienen sei und als Gal, der mehrere Tschepchen noch nicht erschauen, eine Frage stellte, wurde ihm befohlen, „das Maul zu halten“ und dieser Befehl durch ein kräftiges Schütteln bestärkt. Zu gleicher Zeit packten ihn zwei in braunen Gewandpolizisten, die an der Schloßmauer Wache abgeben hatten, beim Arm und erleichterten ihm das Gehen.

Sie schritten die Straße entlang, an Jeff Cottons Bureau vorbei; ihr Bestimmungsort war die Wäscherei; als sie dort anlangten, sah Gal einen Zug auf das Gleisen stehen. Die drei Männer führten ihn in einen Waggon, preßten ihn auf den Sitz nieder.

„So, junger Mann!“ — sagte Cotton — „nun werden wir sehen, wer hier der Herr ist!“

Inzwischen hatte Gal seine Selbstbeherrschung wiedererlangt. „Brauche ich kein Billett?“ — fragte er.

„Das ist meine Sache“ — erwiderte der Berghauptmann.

„Und bekomme ich meine Sachen?“

„Geben Sie doch einige Fragen für Ihre Unterwärtsprofessoren auf!“ — schnarrte ihn der Berghauptmann an.

Gal wartete, nach ein paar Minuten kam ein Mann gelaufen, der Gal tägliches Best, mit Bindfäden verschmurt, in der Hand

trug. Der Mann war groß und häßlich und der Berghauptmann nannte ihn „Pete“.

Der Schaffner schrie: „Fertig!“ Jeff Cotton beugte sich über Gal und flüsterte in höchstem Ton: „Lassen Sie sich gefasst sein, junger Mann, verweilen Sie nicht in Pedro, fahren Sie rasch weiter; es könnte Ihnen in einer dunklen Nacht etwas zustoßen.“

Dann sprang er vom Zug ab, der sich bereits in Bewegung gesetzt hatte und Gal sah, daß sich Pete Ganum, der Zahnfleischlager, einige Schritte von ihm entfernt niederlassen hatte.

Drittes Buch.

König Kohle's Basallen.

Gal beabsichtigte, sich so rasch wie möglich nach Western City zu begeben, um die dortigen Revolvere aufzusuchen. Vor allem jedoch benötigte er Geld für die Reise; am besten würde es sein, zu John Edstrom zu gehen. Er verließ den Zug, fand nach einigen Erhebungen den Leichenbestatter, der John Edstroms Frau begraben hatte und der ihm mitteilte, daß der alte Schwede in der nahe gelegenen Hütte eines Arbeiters wohne; während der ganzen Zeit folgte Pete Ganum Gal auf den Fersen.

Edstrom überschüttete ihn mit Fragen: „Wer war getötet worden? Wie stand alles dort oben?“ Gal erzählte mit wenigen Worten, was sich zugetragen hatte; als er erwähnte, daß er Geld brauche, erwiderte Edstrom, er habe etwas Geld, würde es ihm gerne leihen, doch genüge dies nicht für ein Billett nach Western City. Gal fragte nach den fünfundsiebzig Dollars, die Mary Burke als eingeschriebenen Brief abgehandelt hatte; der alte Mann wußte nichts davon, was gar nicht auf der Post gewesen. „Gehen wir hin!“ — sagte Gal, als sie jedoch die Kruppen hinabstiegen, er innerte er sich an eine neue Schwierigkeit. Draußen stand Pete Ganum, der wahrscheinlich durch Jeff Cotton von dem Geld gehört hatte; es war möglich, daß er Edstrom anhalten und ihm das Geld fortnehmen würde.

„Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen“ — rief der alte Mann. — „Kommen Sie zu meinem Freund, Ed Mac Kellar. Vielleicht kann uns der einen guten Rat geben, ja sogar sagen, was wir tun müssen, damit der Schacht geöffnet werde.“ Edstrom er-

zählte, daß Mac Kellar, ein alter Schotte, früher Bergmann gewesen, nun aber verkrüppelt sei und ein kleines Amt in Pedro bekleide. Er war ein hartnäckiger Widerstandler von Alf Raymonds Maschinenrie, einmal hatten ihn die Gegner fast umgebracht. Sein Bein lag ganz in der Höhe, sie könnten sich mit ihm in kürzester Zeit beraten.

„Gut!“ — sagte Gal und sie machten sich sogleich auf den Weg. Pete Ganum folgte ihnen auf etwa zwölf Schritt Entfernung, doch ließ er sie unbehindert die kleine Hütte erreichen. Eine Frau öffnete die Tür und führte sie ins Schlafzimmer, wo sie Mac Kellar vorfanden, einen grauhaarigen alten Mann, den der Rheumatismus gekrümmt hatte und mit Krücken zu gehen zwang.

Gal erzählte seine Geschichte; da der Schotte in Bergwerken aufgewachsen, war es nicht nötig, die Einzelheiten der Situation wiederzugeben. Als Gal seinen Plan, die Zeitungen zu beschaffen, erwähnte, sagte der andere: rasch. „Dann brauchen Sie gar nicht nach Western City zu fahren. Es ist eben ein Mann hier, der sich bestimmt der Sache annehmen wird. Keating von der „Gazette“.“

„Die Western Gazette?“ — rief Gal aus. Er kannte die Zeitung; es war ein Abendblatt, das einen Cent kostete und viel von Arbeitern gelesen wurde; gebildete Leute rufen es mit den Worten: „gelbe Zeitung“ ab.

„Ich weiß!“ — entgegnete Mac Kellar. Gal Ton verstehend — „dies ist dies die einzige Zeitung, die Ihre Geschichte veröffentlichen wird.“

„Wo ist dieser Keating?“

„Er war oben im Bergwerk, schade, daß Sie ihn nicht trafen.“

„Könnte ich ihn vielleicht jetzt sprechen?“

„Vielleicht ist er in Pedro. Fragen Sie im American Hotel nach.“

Gal ging zum Telephon; eine Minute später hörte er bereits die frühliche Stimme seines künftigen Freundes und Adjutanten Billy Keating. In ungläublich kurzer Zeit erschien dann auch der Besitzer dieser Stimme bei Mac Kellar, wuschte sich den Schweiß von der Stirne und der kleinen Nase. Er war rundgesichtig wie ein Vollmond, lustig wie ein Frackfall.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Sinterhältige Treibereten.

In einer geradezu verbrecherischen Weise geht die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in ihrer gestrigen Ausgabe gegen die von den sozialistischen Parteien geschlossene Einheitsfront vor. An den Haaren herbeigezogene Argumente müssen wieder einmal dazu herhalten, die sozialdemokratischen Führer in der schmutzigen Weise zu verächtlichen und zu verleumdern. Die Absicht dieser Werbung ist zu durchsichtig, als daß sie nicht auch von der linksstehenden Arbeiterschaft durchschaut wird.

Auf die bloße Angst kann solche hysterischen Wutausbrüche bei der Redaktion der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ veranlaßt haben. Wir können nicht annehmen, daß hinter diesem Geschreibsel auch die Zeitung der S. P. D. steht, da sie doch wissen müßte, wie überflüssig und schädlich diese Treibereten sind. Die von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlungen standen durchaus im Sinne der proletarischen Einheitsfront, wie ja auch der Massenbesuch und die einheitliche Stimmung dieser Versammlungen aufs Beste beweisen. Wenn diese Versammlungen von der Sozialdemokratischen Partei einberufen worden sind, so ist damit in keiner Weise gegen die einheitliche Aktion der Arbeiterschaft verstoßen und seien die Kommunisten doch nur daran eripiert, daß sie ja bereits am Tage des Generalstreiks vollkommen eigenmächtig 14 eigene Versammlungen in den größeren Orten des Freistaates stattfinden ließen, obwohl auch an diesen Tagen die Einheitsfront schon bestand. Wenn im Anschluß daran die Sozialdemokratische Partei ebenfalls einige Versammlungen einberufen hat, so nahm sie damit für sich nur das gleiche selbstverständliche Recht wie die S. P. D. in Anspruch. Wie man daraus und aus der weiteren Tatsache, daß die sozialdemokratischen Vertreter zu einer für gestern vormittag angedachten Sitzung nicht erscheinen konnten, einen „Verrat“ machen kann, bleibt uns unverständlich. Verständlich werden diese Treibereten der Kommunisten erst, wenn man in Betracht zieht, wie sehr solchen nur auf den Bruderkampf und Verleumdung eingestellten Elementen daran liegen muß, ihre alte lägerische Hege gegen die sozialdemokratischen Parteiführer weiterzuführen. In dem gesunden Sinn der Danziger Arbeiterschaft sollten solche gewissenlosen Treibereten entschieden scheitern.

Der Senat für Störung des Wirtschaftsfriedens.

Der Zentralverband der Gastwirtsangestellten schreibt uns:

Seit Monaten stehen die weiblichen Angestellten und das übrige Hilfspersonal des Gastwirtsberufes in einer Bewegung um eine einmalige Wirtschaftshilfe. Der Unternehmerverband, welcher unter Strafandrohung vor dem Schlichtungsausschuß wiederholt geladen war, erschien einfach nicht, und wurde aus diesem Grunde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, sowie unsere Forderung, die sich in bescheidenen Grenzen bewegte, anerkannt. Um alle Angestellten in den Genuß der dringend notwendigen Beihilfe zu setzen, beantragte die Organisation des Verbindlichkeits-erklärungs des Schlichtungsausschusses. Ein junger Mann aber, namens Jeschmer, wohlbestallter Demobilisationskommissar, entschied mit salomonischer Weisheit, eine Gefährdung des wirtschaftlichen Friedens liege nicht vor, und darum könne der Schlichtungsausschuß nicht als verbindlich erklärt werden. Wir wollen der gesamten Öffentlichkeit dieses Monstrum von Weisheit aber nicht vorenthalten und lassen es aus diesem Grunde im Wortlaut folgen:

„Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsausschusses des Schlichtungsausschusses in der Lohnstreitfrage des Hilfspersonals im Gastwirtsberuf gegen den Arbeitgeberverband im Gastwirtsberuf wird abgelehnt. Der Lohnstreit ist für Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens nicht von ausschlaggebender Bedeutung und hängt mit der wirtschaftlichen Demobilisierung nicht zusammen. Der Demobilisationskommissar ist daher nicht in der Lage, den Schlichtungsausschuß für verbindlich zu erklären.“
Demobilisationskommissar. Dr. Jeschmer.“

Zoppoter Stadttheater.

Gerhart Hauptmann: „Rose Bernd“. (Gastspiel Else Heims.)
(Aus gestriger Nummer zurückgestellt.)

Hauptmanns bisher größter Wurf. Der Kreuzweg eines Mädchens aus dem Volke, dem der schöne junge Leib zum Verderben wird. Einem hat sie sich gegeben. Ein anderer, der Mitwisser ist, will das Gleiche von ihr als Schweigegeld. Da er Blut geleckt hat, will er mehr und immer mehr. Eine jugendlich leichte Stunde wird zur Quelle von Begierde, Neid, Haß, Rachsucht. Die Lawine der Schuld kommt ins Rollen, Keiner hält sie mehr auf. Als am Schluß der frommen Auguste Reil über dem zerführten Mädchen die Worte spricht: „Das arme Mädchen... was muß die gelitten haben!“, liegt blutige Qual und Hoffnungslosigkeit auf dem Boden. Kein Stern geht auf. Kein Licht scheint in der Dunkelheit. Gewaltig aber daraus hebt sich das gesungene Antlitz des anklagenden Dichters, dem das Erlebnis einer Gerichtsverhandlung der Anlaß zur Dichtung wurde. Achtzehn Jahre sind jetzt verflossen des Dramas verfloßen. Inzwischen sind Licht und Luft einer anderen, wenn auch wenig besseren Zeit gekommen. An dem Herzschlag der Dinge, die hier verhandelt werden, hat sie nicht zu rühren vermocht.

Doch zur Darstellung: Die Spielleitung Max Kaschig hatte neben mancherlei Eviden und Behelmsmäßigem, Halbherzigem, aber einen Schlußakt von fester Struktur, der dem Abend guten Ausklang und Nachhall gab. Else Heims schuf ein Mädchenschicksal, wunderbar gefügt in allen Stufen und Ausprägungen. Zeigte ein Mädchen unter dem Fluche leblicher Schönheit, in aller Lebensfreudigkeit, in aller Kraft, in aller Begehrt, Hilflosigkeit, sich selbst überlassend. Stürzte es aus mit hundert feinsten Zügen ihrer starken Kunst. Ein Mädchen. Aber keine Rose Bernd, keine Schleierin, keine Bauerntochter, kein Elementarwesen, keine von jenen, deren „Mut ist a wing gar zu heeh“. Rose sollt aber auf ganzer Länge das a hnung's lose s Kind sein, so wenig am Anfang eine Makulatur wie am Schluß die Weinseligkeit und Rindeswürde. Solchermaßen hineingestellt in eine Sphäre

Verstärker Senats. Auch mit dieser Maßnahme dem Senat die mit aller Deutlichkeit im Vordergrund zu sehen. Die letzten Tage des Arbeiterkampfes, und wir müßten dafür sorgen, daß auch die Selbstverwirklichung über den Kampf um Gleichberechtigung und menschenwürdiges Dasein erfolgreich zu Ende führen.

Leerstandige Wohnraum. Wohnungsnot? Im Grundstück Pflanzergasse 41/43, Vorderhaus 2. Stock, ist bereits seit Mai d. J. eine schöne Dreizimmerwohnung unbenutzt und leer. Wo laufende auf eine solche werden, wird diese angebl. für den Hauswirt referiert. Das Wohnungsamt wird sich hoffentlich der Sache sofort annehmen und die Wohnung anweisen. Ansehend ist hier etwas nicht in Ordnung. Nur wer im Besitze einer guten Wohnung ist, kann eine solche so lange leerstehen lassen.

Auch in der Straßen Pflanzergasse 4 ist eine im zweiten Stockwert gelegene Wohnung, bestehend aus zwei Stuben, Kabinett, Küche und Bad, wie uns mitgeteilt wird, seit Monat Januar leer. Der Mieter hat sich seit dieser Zeit noch nicht bezogen, wo er eine ansehnliche Wohnung erhalten hat. In der alten Wohnung hat er nur alles Gerümpel zurückgelassen. Es ist begreiflich, daß solche Fälle Erbitterung in der Bevölkerung auslösen. Vom Wohnungsamt muß gefordert werden, daß es in beiden Fällen schnellstmöglich eingreift.

Der Danziger Mieterverein veranstaltet am Donnerstag abend drei Bezirksversammlungen um Stellung zu den Mietpreisserhöhungen zu nehmen. Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Die Straßendahn verlegt von Sonntag, den 14. August, ihre Tarifgrenze und Haltestelle vom Albertweg zum Uthagenweg. Dafür wird die Haltestelle Heiligenbrunnenweg wieder eingerichtet. Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Das Stadttheater Danzig in der neuen Spielzeit. Für die am 4. September beginnende Spielzeit sind folgende Mitglieder neu verpflichtet: Im Schauspiel: als 1. Held und Liebhaber Arthur Armand vom Stadttheater in Zürich, als 1. Chorgesang- und Charakterspieler Khabert Gausche vom Stadttheater in Flensburg. In der Oper: als 1. jugendliche dramatische Sängerin Reina Bachaus vom Stadttheater in Erfurt, als jugendl. lyrische Sängerin Ilse Pola vom Stadttheater in Breslau, als 1. Kinstin Margarete Reff nach erfolgtem Gastspiel, als 1. Opernsoubrette Elly Glücklich vom Stadttheater in Dortmund, als Opern- und Operettensoubrette Gertrud Meiling vom Stadttheater in Hamburg, als jugendl. Heldentenor und 1. lyrischer Tenor Fredy Busch vom Stadttheater in Zürich, als lyrischer und Operettentenor Hermann Friedenreich von Danzig, als Heldentenor Franz Hahn nach erfolgtem Gastspiel, als Bassbuffo Richard Ludwigs vom Stadttheater in Ulm. Im Ballett: als Ballettmeisterin und 1. Sololängerin Lotte Horsten vom Landestheater in Dessau und als 1. Sololängerin Thea Beuchle vom Stadttheater in Rostock. — Im heutigen Anzeigenteil veröffentlicht das Stadttheater eine Bekanntmachung über die Ausgabe der Dauerkarten. Die Dauerkarten kommen in 5 Serien zu je 50 Vorstellungen zur Ausgabe. Außer den Vorstellungen findet eine Reihe Gastspiele und Vorträge (literarische Morgenfeiern) namhafter Künstler und Schriftsteller statt.

Versammlung in Frankfurt. „Im Trauerhof“ in Frankfurt sprach Gewiss. Brill gestern abend in einer öffentlichen Versammlung über die letzten Vorgänge im Freistaat und im Parlament. Der Redner ging auf die Ursachen des Generalstreiks ein. Er brandmarkte das Verhalten des Senats und der bürgerlichen Mehrheit bei Beratung der Steuererhöhung, der Wohnungsabgabenerhöhung und der Verordnung der Getreidepreiserhöhung. Ebenso, daß heute wieder das frühere alte preaktische System eingeführt sei, nach dem gewählte Personen nur dann die Befähigung erhalten, wenn sie eine dem Senat angenehme politische Überzeugung haben. Die Bestimmungsschnelligkeit sei wieder am Platze. Sodann ging er auf die Verhaftung der beiden Abgeordneten und auf die von uns gestellten Anträge ein und forderte die Auflösung des jetzigen Volkstages und Rücktritt des Senats.

von Bledsarmut, Engbrichtigkeit, harter Spießhörnerei und harter Schablonenhaftigkeit, gegenübergestellt einem Übermaß an Brutalität, Gewalt, Hinterhältigkeit wird erst ihre Anklage zum zerstückelnden Schlag gegen ihre Welt: „Das wech ich nicht! Hätt' ihr mich eh' fröher d'rnoch gefragt, verledete... heute kann ich's ne wissa! — 's hat een ken Mensch ne genug lieb gehat.“

Else Heims baute kühl und bedacht auf, verwanderte sich mit ihrer Darstellung mehr und mehr in konstruktive Analyse und schuf um dieses ungeliebte Bauwerk eine fremde Luft. Statt des einzigen, langgezogenen Schreies gab sie Schlägen, Zuckungen, Schreie. Ihre Rose war kulturreifer, übergeklüfft, ohne Erdgeruch. So wirkt sie geradezu karikaturesk, als sie — diese Rose! — mit dem Stützrosenhütchen der Oberbayerin im dritten Akt die Szene betrat.

Um sie her waren keine Hauptmannschen Menschen. Doch halt! Einer vielleicht sei ausgenommen: Walter Leopold, der dem alten Bernd in Leib und Seele sehr ähnlich schien, aber am Ende fing auch er zu wackern an. Axel Lambertin, der das Zeug zum Stredmann hätte, macht aus dem im Grunde anständigen Flamen, einen saloppen bis nichtsagenden Schneidling; erst im vierten Akt gewann er einige Form. Seine Gattin, Marga Berg, gab für letzte, heftige Frauengüte und Mütterverstehen pastoral gekrautete Töne und wackelte dazu mit dem mädchenhaft jugendlichen Haupte. Der Stredmann Max Kaschig war vor allem viel zu hässlich und fast verbrecherlich schurkenhaft. Das ist er aber gar nicht, sondern nur ein ausgeklüffelter Lügner, wie laufend andere auch; der in dem Mädchen eben laßigen Hopen willert und, da er gute Karten hat, keine Trümpfe zieht. Auch der August Reil ist mehr ein bloßes Maubert, ein Schwächling mit groteskem Mustern, der aber immerhin noch die Sinne führt; Kradtschewski macht Witz, das ist ihm ein bisschen Holterndes Annehmlicher, der fast bei jedem Wort in die Arie knickt. Doch niemandem Dialekt sprach, sei als kein besonderer Fehler vermerkt. Doch wird der Spielordner künstlich gut sein, den einzigen Darstellern Vorträge über den geistigen Gehalt der Dichtung und der handelnden Personen zu halten. Willibald Dmankowski.

Wanderer. Gestern 1921, 10. August, wurde die Grenze nach Ostpreußen 9 gerufen. Dort war in einer Höhe durch ungelöste Fänge eine größere Kauderwatschlung entstanden. — Ein Eisenbahnbrand im hiesigen Gebiet. Am 14. d. M. wurde die Eisenbahn von 1.30 bis 2.30 Uhr nachmittags. — Gegen 14 Uhr nachmittags waren Sätze im Keller des Hauses Engl. Depon 12 in Brand geraten. Das Feuer wurde in einer knappen halben Stunde gelöscht.

Polizeibericht vom 6. August 1921. Festgenommen 10 Personen, darunter: 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Schmutzhandels, 3 wegen Passantenbelästigung, 2 in Polizeitrag.

Opera. Eine Gemeindevorstandssitzung findet am Donnerstag, den 11. August, nachmittags 8 Uhr im Rathaus mit folgender Tagesordnung statt: 1. Neuwahl einer Rechnungsprüfungskommission. 2. Neuwahl eines Armenpflegers. 3. Bericht über die Tätigkeit der Festhalle. 4. Bewilligung der Kosten für Errichtung einer polnischen Schulklasse. 5. Errichtung von zwei weiteren polnischen und Anstellung von zwei weiteren Lehrkräften bei der katholischen Schule. 6. Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt. 7. Anstrengung einer gerichtlichen Klage. 8. Ortsberatung.

Im Aktive Danziger Höhe einschließlich der Vorortgemeinden Ohra, Oliva und Genua betrug am Schluß des Monats Juli 1921 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger an Erwerbslosenfürsorge 894, die Zahl der Zuschlagsempfänger 1653. An Erwerbslosenunterstützungen wurden im Monat Juli insgesamt 424 410,00 Mk. gezahlt.

Die Grenze. Über die neue Reichsgrenze von Sandzberg mittellich der ganze Verkehr abgewandert und Kongresspolen. Man muß für Waren Passieren haben. Die polnischen Händler, wenn sie ohne Schein über die Grenze wollen, schicken eine Kutsche voraus mit einem Korb Eier und Fleisch. Sofort fähren die Wächter auf die Kutsche und schleppen sie ins Zollhaus.

Rum fahren die Händler schnell auf die Grenze und wenden um (als wären sie von Polen gekommen). Sofort sind die Wächter wieder da und fragen nach dem Passierschein. — „Wir haben keinen!“

„Ihr Hundel!“ brüllen die Wächter. „Sofort wendet, und gerad nach Kongresspolen!“

Unter lautem Wehklagen befolgen die Händler den Befehl und sind nun dort, wo sie sein wollten. Koda im „Uff“.

Standesamt vom 10. August 1921.

Todesfälle: Frau Elisabeth Handrich geb. Harin, 66 J., 8 M. — E. v. Kaufmanns Armin Replaff, 1 Stunde. — Witwe Charlotte Erdt geb. Borick, 76 J. — Hospitalistin Witwe Anna Wilhelms geb. Niebe, 68 J., 2 M. — E. v. Bureaugehilfen Franz Ducaschowski, 3 M. — E. v. Formers Bruno Hingst, 1 J. — Schöbe vom Reichs-Gewehr-Scharfschützen-Regiment 18. Rel.-Jäger-Batt. 4 Adolf Köller, 23 J., 2 M., geboren am 16. April 1898 in Reptau, Kreis Danziger Niederung. Einzig Angehörige wollen sich im Standesamt I melden.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Dollars Mark: (Ausgl. 3,90)	4.—	am Vortage	4,06
Dollar:	80 1/2		80 1/2
Engl. Pfund:	—		—
Frank:	—		—
Schwed. Franks:	—		—

BORG



von QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsnotizen vom 10. August 1921.

	gestern	heute	gestern	heute	
Zawisch	35	32	Düben	0,30	0,32
Danzig	30	30	Düben	0,66	0,64
Düben	—	—	Wieliczka	2,34	2,28
Thorn	21	32	Schlesienberg	2,56	2,70
Forbon	32	34	Schlesien O. P.	6,33	6,35
Culm	47	40	Galgenberg O. P.	4,33	4,78
Brandenburg	36	42	Rehborstbusch	2,20	2,28
Königsberg	—	—	Kauzsch	—	—
Montauerhöhe	0,40	0,41			

Letzte Nachrichten.

Neue polnische Gewalttaten.

Berlin, 10. August. Blättermeldungen zufolge brachen gestern abend bei Rosenberg starke polnische Banden über die Grenze. Deutsche Apobeanne und Engländer trieben die Polen nach einem größeren Gefecht über die Grenze zurück. Wie vermeldet, haben die Engländer Verluste gelitten. In Sorau wurde in der letzten Nacht ein Dutzend von Polen erschossen. In Schwallowitz, südlich Radowitz, haben die Polen drei Deutsche erschossen.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet weitere Einzelheiten über die Vorbereitungen der Polen zur Eroberung Oberschlesiens. Die Insurgenten haben ein Bezeichnungsverfahren, das vom militärischen Hauptquartier Sosnowice als Zeichen des Beginns des neuen Aufstandes abgegeben werden soll, und das vom Rüstungsinstitut in Boguslawitz weitergegeben ist. In der Stadt Beuthen haben die Engländer Vorkehrungen gegen Überraschungen getroffen, sie hatten die Hauptstraßen besetzt. In Gippine und Gedullahütte haben gestern die Polen großer Freude geäußert, wobei auch Handgranaten gemorfen wurden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Meber. Die Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Meber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno G. W. in Danzig. Druck und Verlag von J. G. H. J. u. Co., Danzig.

Gewerkschaftliches.

Der U. D. G. B. im Jahre 1920.

Der Vorstand des U. D. G. B. berichtet in Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“ über seine Tätigkeit im Jahre 1920. Daraus ist zu ersehen, daß die von den Moskauer vielverleumdeten „Kampferdamen“ eine rührige Tätigkeit im In- und Auslande zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse entfaltet haben.

Am 1. Juni 1920 wurde die Errichtung einer gemeinschaftlichen Betriebsrätezentrale des U. D. G. B. und des Ufo-Bundes bekanntgegeben und gleichzeitig die Richtlinien für die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte veröffentlicht.

Weiter wurde die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und eines provisorischen Beirats beschlossen. Der Beirat beschloß in seiner ersten Sitzung die Umberatung eines Reichsbetriebsrätekongresses auf den 5. Oktober 1920. Der Verlauf des Kongresses ist bekannt.

Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt 115 000 Exemplare; Ausweisarten sind bisher 324 000. Informationsbroschüren 157 000 verkauft und von den Fragebogen wurden 51 000 erfüllt ausgegeben.

Die Jahresabrechnung 1920 des Bundesvorstandes schließt ab mit einer Totalsumme von 13 155 659,99 Mark, ein Mehr gegen das Jahr vorher von 11 639 810,70 Mark, darunter ein Betrag von 7 244 240,65 Mark, der sich aus der schiedsgerichtlichen Arbitration ergibt hat. Darüber hinaus ist die Steigerung zurückzuführen auf verschiedene Unterstützungsaktionen, die im Laufe des vergangenen Jahres vor sich gingen. Sie sind in der Abrechnung zusammengestellt in dem Unterstützungsanhang, das mit einem Betrage von 1 298 272,96 Mark abschließt.

In gleicher Weise wie die laufenden Einnahmen sind auch die laufenden Ausgaben gestiegen. Zur Erhöhung der Ausgaben haben in erster Linie beigetragen die Errichtung der Betriebsrätezentrale und die Herausgabe der Betriebsrätezeitung, die zusammen eine Ausgabe von 2 249 111,85 Mark verursachten. Hingru kommt die Einstellung mehrerer Hilfskräfte in die Bureaus des Bundesvorstandes und seine einzelnen Abteilungen sowie die Erhöhung des Beitrages an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben zurückzuführen auf die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Verbrauchsgegenstände. Aus diesem Grunde stellen sich die Ausgaben unter den einzelnen Titeln und Ziffern bedeutend höher als im Jahre vorher. Die Steigerung der Ausgaben gegen das Vorjahr betrug: Bundesvorstand, sächliche und persönliche Verwaltungskosten, 200 995,62 Mark; Bibliothek 1284,92 Mark; Beitrag an das Internationale Gewerkschaftssekretariat 135 213 Mark; Agitation 426 449,37 Mark;

Vertrag 115 000 Mark; Zentralarbeitssekretariat 54 230,87 Mark; Sozialpolitische Abteilung 84 216,17 Mark.

Das „Korrespondenzblatt“ hatte auch im abgelaufenen Jahre noch immer unter Raummangel und den ungeheuren Papierpreisen zu leiden. Dies hatte ebenfalls zur Folge, daß die Zahl der Beilagen noch immer nicht wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden konnte. Die Auflage beträgt zurzeit 61 000 Exemplare.

An der Erscheinungsweise des „Gewerkschaftlichen Nachrichtenendienstes“ hat sich nichts geändert und die Auflage von 450 Exemplaren ist die gleiche geblieben.

Im vergangenen Jahre ist das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Dziennik“ wöchentlich einmal herausgekommen.

Christliche Abgemeldung gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Einer recht schmuckigen Agitationsweise bedienen sich zurzeit die Führer in Christo. In allen Versammlungen, sowie in allen Betrieben, auch dort, wo nur 1 bis 3 Mitglieder dieser Richtung vertreten sind, wird der Aufstieg des Weglauer Metallarbeiterstreiks dazu ausgenutzt, dem Metallarbeiterverband, sowie der dortigen Streikleitung vorzuwerfen, sie haben sich von den Arbeitgebern mit einer Summe von 20 000 Mark bestechen lassen, um den eintägigen Streik abzugeben.

Zur wirklichen Sachverhalte ist aber fern folgender:

Die Arbeitgeber durch das Reichsarbeitsministerium erziehen, daß die Verbindlichkeitsklärung des gefälligen Schiedsgerichts abgelehnt ist, haben sie sofort durch Insekt bekanntgegeben, daß sich alle Arbeiter, die wieder in Arbeit treten wollen, schriftlich zur Arbeit melden lassen, und daß dann die Arbeiter, die wieder eingestellt werden, schriftlich Bekleid erhalten. Die Arbeiter wollten also nach Beendigung des Streiks eine größere Anzahl Arbeiter auf der Straße lassen. Der Organisation gelang es aber, diesen Plan zu durchkreuzen. Die Organisation der Arbeiter wurde nach Bekanntwerden dieses Planes eine ungeheure. In allen Versammlungen wurden die Vertreter der Organisationen beauftragt, mit den Arbeitgeberorganisationen erst über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln und verpflichteten sich die Arbeiter, ohne entsprechenden Versammlungsbeschluss die Arbeit nicht aufzunehmen. So sahen sich die Arbeitgeber durch Vermittlung des Landrats veranlaßt, mit der Arbeitnehmerorganisation über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. Nach langwierigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, alle Streikenden und Ausgesperrten bis auf drei an den alten Stellen und Pflichten wieder einzustellen. Wenn die Arbeiterschaft die Wiedereinstellung der drei Kollegen verlangt hätte, wäre der Streik weitergegangen. Die Anzeigen erklärten aber freiwillig, daß sie ihren Arbeitskollegen, die schon 11 Wochen im Streik gestanden, nicht noch größere Opfer zumuten wollen. Es lag hier eine glatte Wahrung vor, und da haben die Vertreter der Organisationen durch den Landrat an die Arbeitgeber die Forderung gestellt, daß die drei Arbeiter im Sinne des Betriebsvertrages zu Arbeit nicht wieder eingestellt werden und demzufolge eine Entschädigung bekommen müssen. Nach langem Verhandeln erklärten sich die Arbeitgeber be-

reit, vom 20.000 Mark zu bezahlen. Das war der einzige Grund damit begründet, daß die betreffenden Arbeiter bereits durch die lange Dauer des Streiks wirtschaftlich heruntergekommen sind, daß sie vielleicht auch noch lange Zeit keine Arbeit finden und wenn sie solche erhalten, dieses nur außerhalb Weglauer sein wird. Die betreffenden haben damit zu rechnen, daß sie infolge der Wohnungskosten, die heute außerordentlich hoch sind, tragen müssen. Wie während es begründen, wenn in diesem Falle für die einzelnen Gesamtheiten die Summe von 20 000 Mark weit überschritten wäre, denn je teurer den Arbeitgebern die Nachregelung zu stehen kommt, je weniger werden sie geneigt sein, zu mahregeln.

Die Einstellung aller Arbeiter und die Entschädigung der drei Gesamtheiten war also ein Erfolg der Organisation.

Dieses nun hier geschilderte Vorkommnis weist, wie oben erwähnt, von den Christen in verdammerlicher Weise dazu ausgenutzt, den drei organisierten Arbeitern, die jederzeit für ihre Arbeitskollegen eingetreten sind, Verrat an ihren eigenen Arbeitsbrüdern bezuzurechnen.

Der Oberhauptling des Christlichen Metallarbeiterverbandes für Ost- und Westpreußen, Gollnowski-Danzig, hat bereits versucht, den Ausgang des Weglauer Metallarbeiterstreiks bei seiner Agitation in Streikenden in entstellter Weise darzustellen. Die christlich organisierten Arbeiter ersehen auch hieraus wieder, wie ihre Führer nur beabsichtigen, die Arbeiterorganisationen zu zersplittern, zum Schaden der Arbeiterbewegung und zum Nutzen des Unternehmertums. Sie schreien dabei vor nichts zurück. Selbst bewachte Versammlungen müssen ihnen dabei erhalten, wie auch dieser Fall wieder einmal aufs beste beweist.

Der Kampf gegen das Zigarettenrauchen.

Die Raucherleidenschaft ist bekanntlich während des Krieges aus den verschiedensten Gründen übrig ins Kraut geschossen und beim alten Doree wurde sie förmlich zum Allgemeingut der Soldaten gemacht. Diese Leidenschaft, die sowohl für die Gesundheit wie für den Geldbeutel schädigend wirkt, zu bekämpfen, hat sich in verschiedenen Städten bereits die Jugend selbst zu ihrer Aufgabe gemacht. Insbesondere richtet sich dieser Kampf gegen das sehr schädliche und leidenschaftlich am meisten bei der Jugend verbreitete Zigarettenrauchen. Ein Aufruf der Leipziger Oberprimaner an die Jugend in den höheren und Mittelschulen, sich für die ganze Dauer der Schulzeit zum Verzicht auf das Zigarettenrauchen zu verpflichten, wurde von 5000 Schülern und Schülerinnen unterzeichnet. Neben manchen Fehlergebnissen hat sich nach dem Bericht der Leipziger Festredner die ganze Schülerschaft mander Anhalten zum Verzicht auf die Zigarette verpflichtet. Ebenso haben sich in Götting von 682 Schülern der Oberrealschule 523 = 77 Prozent unter schriftlich verpflichtet, keine Zigarette während der Dauer ihrer ganzen Schulzeit zu rauchen.

Enggegen dieser Auffassung ist bei uns das Hebel des Zigarettenrauchens, besonders unter der Jugend, sehr stark verbreitet. Junge Leute, denen der Hunger zu den Augen herausguckt, geben den letzten Pfennig für Zigaretten hin, anstatt sich Brot oder Wurst dafür zu kaufen, was neben allen anderen Vorteilen ihrem Körper sehr zusetzen käme. Vielleicht ist der Entschluß von Schülern, keine Zigarette mehr zu rauchen, auch für die übrige Jugend Nachahmungstrieb in dieser Richtung aus.

Variété Wintergarten
Beginn
Olivier 730 Uhr Telephone 1925
Tor 10
Direktion: Arthur Löwinsohn.

Wer herzlich lachen will
der muß
Paul Beckers
in seinem urkomischen Variété-Sketch
„Fliegenflutenheirats Glück“
soben. 3 Akte.
Dazu die neuen Variétéstürme.
4800

Stadttheater Danzig

Direktion: Rudolf Schaper.

Die Direktion erlaubt sich hiermit, die Bedingungen für Dauerkarten bekannt zu geben.

Es werden abgegeben:
Fünftel Dauerkarten für die ganze Spielzeit zu 50 Vorstellungen.
Dauer der Spielzeit: 4. September 1921 bis 9. Juli 1922

Preise der Dauerkarten

Preise für ein Fünftel Dauerkarte die ganze Spielzeit hindurch

1. Rang Vorderreihe	861,30	Steuer	165,50	Rückerabgabe	8,20	=	1035,00
1. Rang 2. und 3. Reihe	592,80	"	149,10	"	8,10	=	750,00
Orchestrale	961,50	"	165,50	"	8,20	=	1135,20
Sperrsitze	508,10	"	128,80	"	8,10	=	645,00
Seltenloge	314,80	"	82,10	"	8,10	=	405,00
Parterreloge [3 Plätze	365,40	"	108,20	"	10,40	=	490,00
Balkon	240,10	"	64,50	"	5,40	=	310,00
2. Rang Vorderreihe	187,80	"	51,80	"	5,40	=	245,00
2. Rang 2. und 3. Reihe	163,70	"	45,90	"	5,40	=	215,00

Der Verkauf von Dauerkarten für die bisherigen Inhaber findet ab Donnerstag, den 18. August, bis einschl. Sonnabend, den 27. August 1921, mittags 1 Uhr, täglich von 9-1 Uhr vormittags an der Kasse im Stadttheater statt. Die nicht abgeholten Plätze werden vom 29. August an anderweitig vergeben.

Robert Ehmann
Altstädter Graben 3
neben der Tabakfabrik von M. A. Hasso.

Prima Kammgarn-Wolle 4
Lage 50 Gramm . . . 6,50, 5,50, 4,50

Mieler Anaben-Anzüge 90
Reine Wolle mit Zwirnkelte.
Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 46/48 an

Stroh-Panama-Velour-Filz-Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
zowaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle).

Deutscher Heimatbund
Bautenabend des Räumler Bauten-
Angers Mar Arch
Jopopt: Donnerstag, den 11. August, abends
8 Uhr, Aula des Realgymnasiums.
Danzig: Sonnabend, den 13. August, abends
8 Uhr, Aula Oberrealschule, Hauptplatz.
Eintritt 1. Rang 1 M., sonst 3 M. a. d. Abendkasse.

Elektrische Bahn.
Von Sonntag, den 14. August 1921, ab wird auf behördliche Anordnung die Haltestelle nächst Carlsgasse Altkertweg aufgehoben.
An deren Stelle werden die früheren Haltestellen 1. Uffagenweg, 2. Heiligenbrunnweg, letztere bergauf vor dem Hauke Hauptstraße 5, bergab vor dem Hauke Hauptstraße 132 wieder eingerichtet. Die Teilstrecke Olivier-Uffagenweg verläuft wie früher nur bis zum Uffagenweg.
Danzig-Langfuhr, den 9. August 1921.
Die Direktion.

Achtung!
Bezirks-Mitglieder-Versammlungen
des Danziger Mietervereins
haben am Donnerstag, den 11. August, abends 7 Uhr statt, in der Aula der Paul-Oberrealschule, (Hauptplatz), i. d. Aula d. Realschule, Mittelstraße (Eingang Gertrudengasse), und Straße Schwabengasse 18, (Restaurant Reich).
Tagesordnung: 1. Vortrag über die bevorstehende Mietsteigerung.
2. Wahl der Bezirksvorsitze.
3. Berichtlesen.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten. Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.
Nene Mitglieder Der Vorstand

Achtung!
! Nähmaschinen!
neu u. gebraucht, Teilzahl, gekaufte, kau. Sie bill. bei
F. Fenslau & Co.
Danzig, Peterstr. 11/12, 11/12.
Tel. 1112. 11/12

Eine saubere, gut erhaltene
Kommode
zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis an Hausch, Ballion Wolf 6, 2. Eing. 17

Bahn-Kranke
werden sofort kostenlos behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in eiligen Fällen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold unter voller Garantie.
Danke schreiben aber schmerzloses Zahngießen. Niedrige Kostenberechnung.
Sprechzeit 8-7, Sonntags 8-12.
Institut für Zahnleidende Pfefferstadt 71
Telephon 2521.

Empfehle wieder meinen
echt selbstgekachelten Schnupftabak
Wlth. Sternberg, Fischergasse 37
Kein Laden Kein Laden
Wiederverkäufer Rabatt.

Ruderboot
auch gebraucht, etwa 10 Personen fassend, zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 204 an die Expedition der Danziger Volksstimme. 4798

Geübte Schneiderinnen
für Herren-Kleider- und Frauen-Größen
die laufend Stoff arbeiten können, finden dauernde Beschäftigung zu höchst. Arbeitslöhnen.
Preisg. vorm. mit Ausweis u. Probestück
4801 S. Lewin, Danzig, St. Geisig, 14/16.

Kleine Anzeigen
In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.